

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift  
Tageblatt Riefa,  
Sommer Nr. 22,  
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1880,  
Stroßasse:  
Riefa Nr. 22.

Nr. 4.

Mittwoch, 6. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Ringe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Ringe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder des Postverkehrs — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Redaktionsrat und Verlag: Ringer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Das herrschende Drittel.

Wer die französischen Verhältnisse kennt, kann nicht darüber im unklaren sein, daß die führende französische Politik mit Unrecht immer behauptet, im Sinne des Volksganges handeln zu müssen. Nämlich das französische Volk denkt in seiner Mehrheit anders wie die maßgebenden Parteien und vor allem wie die Regierung. Das zeigt sich besonders in der Stellung, die die breite französische Öffentlichkeit zu der Reparationsfrage nimmt. Mit eiserner Konsequenz vertritt die französische Regierung die Erhaltung des Youngplans. Sie will Entgegenkommen zeigen, aber sie will den Reparationsrahmen auf alle Fälle unangetastet lassen. Sie will sich mit Deutschland verständigen, aber für diese Verständigung keine Opfer bringen. Und sie behauptet, sie sei dem französischen Volk Rechenschaft schuldig. Wenn die Kammer und der Senat togen und wenn die großen Reden geschwungen werden, könnte es so scheinen, als ob tatsächlich eine Macht hinter der Regierung steht, die die Regierung fortsetzen würde, falls sie es wagen sollte, etwas von den sogenannten wohlverordneten Rechten zu opfern. Aber dieses französische Parlament ist nun unter Umständen zusammengekommen, die heute nicht mehr durchschlagend sind. Immer hat es die französische Regierung, welche auch am Ruder war, verstanden, die Wahlen auf innerpolitische Fragen zu konzentrieren. Sie wagte gelegentlich einmal außenpolitische Probleme einzuführen, der Wähler wählte aber seinen Deputierten, weil er aus rein lokalen Interessen es für richtig hielt. Wäre in der letzten Wahl schon die Frage entscheidend gewesen, wie Frankreich sich zu der Reparationsfrage verhalten sollte, hätte die Regierung durch eine andere Kammer ein anderes Gesicht.

Das französische Volk, behauptet die französische Linkspresse — und sie wird darin nicht widersprochen — sei zu drei Dritteln für die völlige Befreiung der Reparationen. Höchst interessant ist der Vorstoß, den die Linkspresse jetzt vorgenommen hat. Sie spricht eine ziemlich und einmal notwendige offene Sprache, sie sagt der Regierung, daß sie durchaus nicht im Interesse des gesamten französischen Volkes handle, wenn sie sich so an den Youngplan klammert und darüber lieber die Welt zugrunde gehen lassen wolle. Zwei Drittel aller Franzosen wollen keine weiteren Zahlungen von Deutschland. Sie sehen sich darüber klar, daß die Welt sich in Not befindet, daß diese Not durch die deutschen Reparationszahlungen aufgeschürt wurde und daß Frankreich den Anstoß zu einer Besserung der Weltlage geben könne, wenn es den großen Stein des Anstoßes beseitigt. So deutlich ist noch niemals die Stimme der Vernunft aus Frankreich hervorgekungen. Ob sie aber Wirkung haben wird? Einerseits bequemt sich die Regierungspresse, zuzugeben, daß man Deutschland entgegenkommen müsse, aber sie macht Einschränkungen, während die Presse der Linken verrät, daß die französische Politik falsch orientiert sei durch die Pariser Presse, die im Fahrwasser einer Wüsterheit segle und die Regierung für Handlungen bede, die nicht im Sinne der gesamten Wähler liegen. Frankreich sei dadurch, daß es verstanden habe, sich die größte Beute bei der Verteilung der Reparationen zu sichern, bereits hinreichend entschädigt worden. Es habe genug von Deutschland erhalten, so daß es die große Geste machen könne, Retter der Welt zu sein.

Und dabei wird noch nicht einmal die amerikanische Feststellung ins Treffen geführt, daß Frankreich eigentlich gar nichts mehr zu erhalten habe. Einmal sollte ein bestimmter Schaden gutgemacht werden. Deutschland habe repariert, es habe den Schaden gutgemacht. Nicht nur durch Barzahlungen, sondern durch die Abtretung von vielem Material, durch die Pflanzung von Tieren und Maschinen, schließlich aber auch durch die Abtretung der Kolonien, die bisher überhaupt nicht rechnerisch erfasst wurden, obwohl sie ungeheure Werte darstellen. Gewiß werden auch die Franzosen diese amerikanische Auffassung einmal hören und sich ihre Gedanken machen müssen. Sie werden desto mehr der Überzeugung werden, daß Frankreich mit gutem Grunde sich von weiteren Reparationsforderungen abwenden kann.

Es ist immerhin eine erfreuliche Erscheinung, wenn im Angesicht der Reparationskonferenz die französische Linkspresse das Kind beim wahren Namen nennt und eine Aktion ins Leben ruft, die der französischen Regierung die Möglichkeit nimmt, sich wieder hinter die angebliche Volksmeinung zu verstecken und zu erklären, ihr wären die Hände gebunden, weil sie nur Dolmetsch eines Volkes sei, das die Politik der geraden Linie fordere und unerschöpflich weiter dem Gutmachungsprogramm huldige. Gewiß, die Pariser Kammer, die die Pariser Presse beherrscht, die in Kammer und Senat das Wort führt, die sich aufbläst, die Stimme der Wähler zu vertreten, wird es verstehen, weiter Prestige zu den Vorbergründen zu ziehen. Doch haben die Delegierten der anderen Länder nun den Beweis in der Hand, daß sie es nur mit den Vertretern einer französischen Wüsterheit zu tun haben. Kame es, wie es die Mehrheit jetzt verlangt, so wäre tatsächlich eine gründliche Lösung des Reparationsproblems möglich, die Lösung in völliger Abkehr von diesem Abkommen, das das Geld falsch lenkt und Deutschland, den Mittelpunkt der Weltwirtschaft, zum Sklaven einer Wiederentwässerungspolitik macht, die heute lange überholt, unzureichend ist. Die Lösung wurde nur von Deutschland die Gefahr der Auslieferung bis zur völligen Erschöpfung als eine Gefahr für die gesamte Welt erklärt. Die Kritiken der letzten Monate haben anderen Ländern und führenden Politikern und Wirtschaftlern die Augen geöffnet. Sie sprechen in des Wortes wahrer Bedeutung deutsch: Fort von den Reparationen! Und sie führen Deutschland in seinem harten Kampf gegen die Unerschöpfung.

## Die Tribute sind schuld an der Weltkrise.

Stockholm. Im „Svenska Dagbladet“ nimmt Professor Gustaf Cassel am Dienstag Stellung zu der Frage „Tributzahlungen und Weltwirtschaft“. Frankreich habe die Völkerverhandlungen unter dem Vorwand begonnen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Youngplan festgelegt sei und deshalb nicht erörtert werden könne. Schon die geistige Einstellung eines solchen Vorklubs sei bezeichnend für die französische Denkweise. Cassel erinnert in diesem Zusammenhang an das französische Verlangen, die Schuld am Weltkriege ein für allemal durch eine erzwungene Unterschrift festzustellen.

Abgesehen hiervon begehe Frankreich den großen Fehler, daß es Deutschlands Zahlungsfähigkeit als eine gegebene Größe hinsetze, was natürlich und unerhört sei. Frankreich habe ja selbst anerkennen müssen, daß Deutschland im Augenblick zahlungsunfähig sei. Weiter habe Frankreich allerdings nicht gehen wollen, sondern dann vielmehr behauptet, daß die Weltwirtschaftskrise bald zu Ende gehen müsse. Das sei aber eine durch und durch unmoralische Ansicht. Die ganze Tributpolitik müsse ihre innere Unmöglichkeit erkennen, wenn nachgewiesen werde, daß die Tributzahlungen tatsächlich an der Weltkrise schuld seien. Dabei sei auch bei der Konferenz ein von französischer Seite beeinflusstes Telegramm bemerkenswert, das die Konferenz auf den Grundschlag festlegen wollte, die Weltwirtschaftskrise und die Tributzahlungen hätten nichts miteinander zu tun.

Zwischen Weltwirtschaftskrise und Tributzahlungen bestehe aber nicht nur ein psychologischer Zusammenhang, sondern eine unmittelbar nachweisbare Kausalverbindung. Die Tributforderungen hätten die Goldstandard der Welt und den internationalen Handel ins Verderben gestürzt. Deutschland habe nämlich außer den Tributen die Zinsen der für frühere Tributzahlungen geliehenen 10 Milliarden Auslandsschulden zu zahlen. Hierfür sei ein gewaltiger Ausfuhrüberschuß nötig, den die Gläubigerstaaten jedoch nicht aufnehmen wollten. Die Vereinigten Staaten und Frankreich hätten schließlich so viel Gold an sich gerissen, daß in den übrigen Ländern eine Goldknappheit entstand und alle Preise fielen. Dadurch sei die Summe der Tribute und der übrigen Schulden noch weiter in die Höhe geschraubt worden. Aus diesen Gründen habe das internationale Goldstandard-System zusammenbrechen müssen.

## Die Pressepolemik um die Reparationsfrage.

Berliner Blätter gegen französische Presseüberlegenheiten.

Berlin. Einige Berliner Blätter beschäftigen sich in glotternder Form mit den verschiedenen französischen Presseäußerungen über die Reparationsfrage, insbesondere mit den Anregungen der „Depeche de Lorraine“ und der „Voleme de Temps“ zu diesen Anregungen.

Die „Germania“ warnt davor, in den jüngsten französischen Pressestimmen zu der Reparationsfrage bereits die Einleitung zu einem bevorstehenden Umfall der französischen Regierung zu sehen.

Nur Frankreich nahm — gefolgt von seinen Trabanten, die ihm verschrieben sind — eine Sonderstellung ein. Die Sonderstellung, die nun durch den Vorstoß der Linkspresse durchbrochen ist. Dieser wurde in einer wirklich großzügigen Weise in Frankreich immer die Meinung der breiten Masse kolportiert. Man erfuhr nicht, was die Wählerhaft dachte. Auch die Linkspresse zeigte eine bewundernswerte Disziplin, bis jetzt ein Blatt den Bannkreis durchbrach und den Anstoß zu einer der wichtigsten Debatten gab, die Frankreich je erlebt hat. In Paris ringt man beständig die Hände, in Paris verhalten die Blätter der Regierung und der agierenden Parteien den Sturm aus dem Lande zu beschwören. Sie sehen aber die Mehrheit der Wähler vor sich, sie wissen, daß sie gegen diese Wähler nicht zu eifrig auftrumpfen können, denn die nächsten Wahlen könnten doch nicht eine innenpolitische, sondern eine außenpolitische Parole haben, und dann wäre ein Stimmwechsel notwendig, der schließlich — und das ist für die Pariser Presse immer die Hauptsache — einen großen materiellen Schaden bringen könnte.

Sicherlich wird diese Diskussion in Frankreich die Pariser Regierung aus ihrer einseitigen Einstellung lockern und sie wahrheitsgemäß auch zu einer größeren Bereitschaft finden. Doch darf man immer noch nicht die Hoffnung aussprechen, es könne geschehen, daß man, da auch die französische Mehrheit für die Befreiung der Reparationen ist, diese wirklich zu Grabe getragen werden.

## Die Pariser Blätter zum Vorschlag eines Tributverzichts.

Paris. Die Aufforderung der radikalsozialistischen „Depeche de Lorraine“, Frankreich möge im Interesse einer deutsch-französischen Annäherung endgültig auf die Tribute verzichten, wird in der gesamten Pariser Presse ausführlich kommentiert. Die rechtsgerichteten Blätter wenden sich mit aller Schärfe gegen eine derartige „Zunehmung“, während die Linkspresse bis zur Republik einer derartigen Geste durchaus zustimmt. Das Organ des linken Flügel der

Die Tatsache, daß die mutigen Feststellungen der südfranzösischen Provinzialzeitung einen so starken Sturm in der Pariser Presse erregen könnten, sei ein Beweis für die steigende Unsicherheit, in der man sich heute in Frankreich gegenüber dem politischen Schuldenproblem befindet. Die durch Frankreichs hartnäckigkeit verursachte amerikanische Haltung in der Schuldenfrage werde die große Frage, auf was mit den eigenen Schulden werden solle.

Das „Berliner Tageblatt“ meint mit bezug auf den „Temps“, in dieser Stunde kritischer Zuspitzung von der Wahrung der Prinzipien zu reden, heiße den politischen Bürokratismus ab absurdo führen. Das Deutschland, wenn es der Reparationen ledig wäre, alle übrigen politischen Ansprüche annehmen würde, sei eine matte Aussicht. Wollte man unter diesem Gesichtswinkel handeln, so würde es nie zu einer Verständigung kommen.

Der „Tag“ nennt den Artikel der „Depeche de Lorraine“ nur einen Entlastungsvorstoß für die deutsche Linke. Die maßgebenden Kreise in Frankreich hielten sich an ihrer alten These fest: Rettung des Youngplans um jeden Preis, eine möglichst kurzfristige Befreiung, die die Weiterzahlung des ungezahlten Tributanteils und dessen Rückerstattung an die zu überschuldende Reichsbahn vorsehe. Die anderwärts machende Einsicht über die wirtschaftliche Schädlichkeit der Tribute sei jedenfalls in Frankreich noch nicht verbreitet, zumal man ja dort in den Tributen vor allem ein politisches Druckmittel sehe.

## Amerikas Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz.

Washington. Postminister Dawes begann gestern seine Besprechungen mit den einzelnen Regierungsoffizieren und den übrigen Mitgliedern der amerikanischen Delegation, um die Richtlinien für die verschiedenen Punkte der Genfer Abrüstungskonferenz genau festzulegen. In Regierungskreisen wurde dabei gestern erneut betont, daß Amerika unverzüglich greifbare Resultate von der Abrüstungskonferenz erwarte und besonders deswegen optimistisch sei, weil in der ganzen Welt der augenblickliche Zwang zu größter Sparlichkeit auch die bisher hartnäckigeren Regierungen zum Eingehen auf die Verminderungsansprüche veranlassen werde. Die Genfer Tagung werde sich hauptsächlich mit der Landbewaffnung befassen; in dieser Frage könne Amerika keine führende Rolle übernehmen, da es weniger Truppen habe als irgendeine andere Großmacht. Rege man die Genfer Formel für die Berechnung der Effektivstärke der Reserven zu Grunde, so komme in Amerika auf 400 Köpfe der Bevölkerung ein Soldat, während die Alliierten in Versailles sogar Deutschland auf nur 100.000 Soldaten im Innern auf je 600 Köpfe einen Soldaten ausgebildet hätten. Trotzdem werde Amerika seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die anderen Mächte zur Verminderung ihrer Landheere auf wenigstens annähernd ähnliche Proportionen zu veranlassen.

radikalsozialistischen Partei erklärt, daß die Ausführungen des Lousioier Blattes vollkommen im Rahmen der Gedankengänge liegen, die von den Radikalsozialisten schon immer verteidigt worden seien. Die „Ere Nouvelle“, die dem Präsidenten der Partei, Herriot, nahesteht, zeigt sich weniger begeistert. Auch sie stimmt dem Gedanken zu, macht jedoch zur Bedingung, daß eine derartige Geste nicht ein Geschenk Frankreichs darstellen dürfe. Es sei vorzüglicher und klüger gehandelt, wenn man vorher die notwendigen Instandsetzungen erhalte und die Bewährung habe, daß in Zukunft nie wieder die Rede von Rüstungsgleichheit, Vertragsrevision oder Ähnlichem sein werde (!).

Die Rechtspresse ergeht sich zum Teil in groben Beschimpfungen gegen den Chefredakteur des Lousioier radikalsozialistischen Organ. „Am du peuple“ erklärt, daß der Artikelschreiber geradezu idiotische Überlegungen anstelle. Er scheint vom Mond gefallen zu sein und die letzten zehn Jahre der Geschichte vollkommen unbeachtet zu lassen. Journal des Debats erklärt, man müsse zunächst die Stellung Herriots, Caillaux und Sarrauts abwarten, um zu sehen, ob sie schon soweit gesunken seien, daß sie den Plan hätten einen derartigen Plan anzunehmen.

## Große Hochwassergefahr in Dessau.

Dessau. (Zunftspruch.) Die Hochwassergefahr ist hier auf das höchste gestiegen. In Dessau heulen die Sirenen lärmender Fabriken. Jahn und Raguhn sind umstürzt und von der Außenwelt abgeschnitten. Sämtliche Schutzmannschaften sind ausgerückt, um die Dämme zu schützen.

## Der Muldeamm gebrochen.

Dessau. (Zunftspruch.) Der Damm der Mulde ist bei Regau gebrochen. Der heftige Hochwasserstand, Teno und Ordnungspolizei sind dabei, ihn wieder zu schließen. Die Oberer Regau und Gollitz sind in größter Gefahr. Die ganze Mulde bildet weithin einen einzigen See.